

Firma/Gericht/Behörde	Bereich	Information	V.-Datum
Flughafen Frankfurt - Hahn GmbH Lautzenhausen - Flughafen Hahn	Rechnungslegung/ Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009	27.01.2011

Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

Lautzenhausen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und Lagebericht 2009

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2009 hat das Land Rheinland-Pfalz die Gesellschaftsanteile des bisherigen Mehrheitseigentümers Fraport AG (65%) rückwirkend zum 1. Januar 2009 übernommen. Das Land Rheinland-Pfalz hält damit als Mehrheitsgesellschafter 82,5 % der Gesellschaftsanteile. Der Gesellschaftsanteil des Landes Hessen ist mit 17,5% unverändert.

Das abgelaufene Geschäftsjahr ist gekennzeichnet durch die weltweite Konjunkturkrise. Nach starken Rückgängen zu Jahresbeginn ist es der Gesellschaft jedoch gelungen, im Passagierbereich mit 3.793.958 Passagieren (Vj. 3.940.585 Passagiere) fast auf Vorjahresniveau das Jahr abzuschließen. Der Rückgang bei den Passagieren liegt kumuliert bei minus 3,7 %, der deutsche Branchendurchschnitt liegt demgegenüber bei minus 4,6 % bei einer Bandbreite zwischen minus 2,1 bis minus 11,8 %.

Auch bei der geflogenen Luftfracht begann das Jahr 2009 mit zweistelligen Minusraten, erholte sich jedoch im Laufe des Jahres derart, dass in den Monaten November (16.698 Tonnen) und Dezember (21.660 Tonnen) jeweils Frachtrekorde verzeichnet werden konnten. Im Gesamtjahresvergleich konnte deshalb mit einem lediglich geringen Rückgang i. H. v. 2,6 % bei einem Gesamtaufkommen an geflogener Fracht von 174.664 Tonnen abgeschlossen werden. Im Transitaufkommen konnte hierbei sogar eine Steigerung i. H. v. etwa 20 % erreicht werden.

Als Neukunde und erste Cargo-Airline mit Sitz am Standort Hahn hat die Air Cargo Germany GmbH (ACG) den Linienflugbetrieb mit zwei Boeing 747-400SF aufgenommen. Neben Charterverkehren werden Linienflüge ab Hahn nach Hongkong und Shanghai über Dubai und Beirut durchgeführt. Die Anzahl der Cargo-Flugbewegungen konnte trotz des wirtschaftlich schwierigen Umfeldes, nicht zuletzt wegen der Neugründung der ACG, gegenüber dem Vorjahr und rd. 1,4 % auf 5.200 Bewegungen gesteigert werden.

Branchenentwicklung

Insgesamt scheint die Talsohle im Luftverkehr durchschritten, die Erholung im aktuellen Jahr wird jedoch nach Auskunft aller Experten nur sehr moderat ausfallen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) erwartet für 2010 einen Zuwachs an Passagieren i. H. v. 2,8 % und bei der Luftfracht von rd. 6 %. Da die höchsten Steigerungsraten bei den Lowcost-Airlines in der Vergangenheit liegen gehen wir davon aus, dass es im laufenden Jahr schwierig sein wird, diese durchschnittlichen Passagierwachstumsraten erreichen zu können. Auf der Grundlage unserer Unternehmensplanung erwarten wir eine Steigerung im Passagierbereich von bis zu 3,5 %. Im Frachtbereich sehen wir die mögliche Fortentwicklung im aktuellen Jahr entsprechend, wobei hier konkrete Aussagen erst nach Abschluss des ersten Quartals 2010 möglich erscheinen.

Insgesamt werden die deutschen Verkehrsflughäfen in den kommenden Jahren bis an 20 Mrd. Euro investieren. Mit dem Ausbau und der Erneuerung wichtiger Infrastruktur (insb. Terminal, Tower, Vorfeldpositionen) wird auch der Flughafen Frankfurt-Hahn an dieser Entwicklung teilhaben und wettbewerbsfähig in die Zukunft gehen.

Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem Verlust von EUR 12,7 Mio. (Vj. EUR 18,1 Mio.) ab, vor dem für das Jahr 2009 anteiligen Verlustausgleich .

Das Land Rheinland-Pfalz hat von der Fraport AG, gemäß Geschäftsanteilskaufvertrag (Urkunden-Rolle-Nr. 82/2009) vom 2. Februar 2009, die Geschäftsanteile (65%) rückwirkend zum 1. Januar 2009 übernommen und gleichzeitig die Fraport AG von der Verlustausgleichspflicht für den in den ersten beiden Monaten des Geschäftsjahres entstandenen Verlust von EUR 5,6 Mio. befreit. Der bestehende Unternehmensvertrag wurde von der Fraport AG zum 28. Februar 2009 gekündigt.

Das negative Ergebnis von EUR 12,7 Mio., wurde durch den Ertrag aus Verlustübernahme (EUR 5,6 Mio.) gemindert, so dass ein Jahresfehlbetrag von EUR 7,1 Mio. verbleibt. Ein Beschluss über die Ergebnisverwendung bzw. den Ergebnisausgleich wurde durch die Gesellschafter zum Bilanzstichtag noch nicht gefasst.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR 3,3 Mio. auf EUR 42,0 Mio. gesunken. Dies entspricht einem Rückgang von 7,4 %. Dieser verteilt sich auf die Bereiche Aviation (EUR -1,6 Mio.) und Non-Aviation (EUR -1,7 Mio.) in etwa zu gleichen Teilen.

Die Gesamtleistung (Umsatzerlöse und Erträge) lag mit EUR 53,6 Mio. um EUR 3,3 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 50,2 Mio.).

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (EUR 11,4 Mio.) haben sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 4,7 Mio.) die Erträge aus dem im Jahr 2009 zwischen unserer Gesellschaft und der EGH - Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH geschlossenen Optionsvertrag zur Entwicklung der landseitigen Flughafenflächen mit EUR 4,6 Mio. ausgewirkt. Die Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH hat die Aufgabe, die Vermarktung der landseitigen Flächen voranzutreiben. Weiterhin haben sich die Erträge aus Zuwendungen für Kosten der hoheitlichen Sicherheitsaufgaben durch das Land Rheinland-Pfalz auf EUR 3,5 Mio. (Vj. EUR 0,5 Mio. €) erhöht. Die im Vorjahr ausgewiesenen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil (EUR 2,1 Mio.) haben sich auf EUR 1,1 Mio. verringert.

Dem Rückgang bei den Umsatzerlösen steht eine Verringerung des Materialaufwandes um EUR 0,2 Mio. auf EUR 25,0 Mio. gegenüber. Hierbei stehen den Mehraufwendungen bei den Hilfs- und Betriebsstoffen (EUR 0,6 Mio.) geringere Aufwendungen bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen (EUR 0,7 Mio.) gegenüber. Mehraufwendungen sind im Wesentlichen bei den Flächen- und Flugzeugenteilsungsmitteln entstanden, während sich insb. die bezogenen Leistungen für Fremdpersonal verringert haben.

Die Personalaufwendungen haben sich trotz Neueinstellungen und Erhöhung der Tariflöhne durch den Abbau von Überstunden und Urlaub in 2009 geringfügig um EUR 0,1 Mio. auf EUR 15,9 Mio. erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten um EUR 1,8 Mio. auf EUR 7,8 Mio. (Vj. EUR 9,6 Mio.) gesenkt werden. Wesentlich hierzu beigetragen haben neben den Sonstigen Personalaufwendungen (EUR -0,1 Mio.) die Verringerung der Aufwendungen für Leasing (EUR -0,3 Mio.), die niedrigeren Aufwendungen für Kommunikation (EUR -0,8 Mio.) sowie geringere Aufwendungen für Beiträge, Wertkorrekturen und Sonstige betriebliche Aufwendungen (EUR -0,5 Mio.).

In den Abschreibungen von EUR 12,5 Mio. (Vj. EUR 11,9 Mio.) sind planmäßige Abschreiben von EUR 11,1 Mio. enthalten.

Das EBITDA - Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 5,2 Mio. auf EUR 4,9 Mio. verbessert.

Der Jahresfehlbetrag vor Erträgen aus anteilige Verlustübernahme lag auch durch das gegenüber dem zum Vorjahr um EUR 0,8 Mio. verbesserte weiterhin negative Finanzergebnis von EUR 4,9 Mio. mit EUR -12,7 Mio. (Vj. EUR -18,1 Mio.) deutlich besser als das

Vorjahrsergebnis.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft ist nach dem Ausscheiden der Fraport AG über die Teilnahme der Gesellschaft am Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz gesichert. Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft ihre Bankverbindlichkeiten neu strukturiert und vier Darlehen direkt abgelöst. Die Finanzierung der Ablösung erfolgte über den Liquiditätspool. Hier verfügt die Gesellschaft über einen Kreditrahmen von EUR 25 Mio., welcher am Stichtag mit EUR 17,6 Mio. in Anspruch genommen war. Eine weitere Darlehensaufnahme ist im Geschäftsjahr nicht erfolgt. In 2009 führte der Saldo aus (netto) Mittelzuflüssen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 7,6 Mio. und aus (netto) Mittelabflüssen im Zusammenhang mit Investitionstätigkeiten in Höhe von EUR 7,2 Mio. sowie aus (netto) Mittelabflüssen aus Finanzierungstätigkeit (rd. EUR 0,6 Mio.) insgesamt zu einer Abnahme der liquiden Mittel von EUR 0,2 Mio. Somit verminderte sich unser Finanzmittelfonds (Bankguthaben sowie Kassenbestand) auf EUR 0,6 Mio.

Die Gesellschaft hat, bedingt durch das Ausscheiden der Fraport AG, die Bankverbindlichkeiten wie erwähnt neu strukturiert. Mit Ausnahme eines Darlehens über 20 Mio. Euro bei der Nassauischen Sparkasse (NASPA) wurden die nicht vorzeitig abgelösten übrigen Darlehen auf die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH umgeschuldet.

Bei der in 2004 durchgeführten Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 18,0 Mio. bei der IKB wurde zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos ein Payer-Swap abgeschlossen. In gleicher Weise wurden im Geschäftsjahr 2005 zwei zum Stichtag endfällige Darlehen in Höhe von jeweils EUR 20 Mio. (NASPA/KfW) mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2014 prolongiert und zinsgesichert. Das Darlehen von EUR 20 Mio. bei der KfW wurde im Rahmen der Neustrukturierung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH übernommen.

Die Marktwerte der Swaps wurden entsprechend den Marktbewertungsmethoden durch die Kreditinstitute ermittelt und belaufen sich auf EUR -2,9 Mio. für die drei Zinsswaps.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich um EUR 13,0 Mio. auf EUR 229,1 Mio. erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf der Aktivseite durch den Anstieg der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände (EUR +20,4 Mio.) zurückzuführen. Hierin sind im Wesentlichen die Forderungen aus der Optionsgebühr (EUR 41,2 Mio.) gegenüber der EGH -Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH und die Forderung an das Land Rheinland-Pfalz auf Verlustausgleich für die Monate Januar und Februar 2009 (EUR 5,6 Mio.) enthalten, denen der Ausgleich der Forderungen an die Fraport AG (EUR 18,6 Mio.) und der Ausgleich der Forderungen aus der Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz (EUR 2,4 Mio.) und Land Hessen (EUR 4,0 Mio.) gegenüberstehen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben um EUR 0,2 Mio. auf EUR 5,2 Mio. zugenommen.

Die Sachanlagen betragen EUR 173,6 Mio. und sind zu 37,8% (Vj. 40,6%) durch Eigenkapital gedeckt.

In Sachanlagen wurden im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von EUR 7,2 Mio. getätigt.

Die Eigenkapitalquote hat sich bei einer erhöhten Bilanzsumme auf 28,6% (Vj. 33,6%) verringert.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten um EUR 21,2 Mio. Dies ist im Wesentlichen auf die Einbuchung der Verbindlichkeit aus dem Optionsvertrag mit der Entwicklungsgesellschaft Hahn GmbH (EUR 37,7 Mio.) zurückzuführen. Gleichzeitig haben sich die Bankverbindlichkeiten um EUR 17 Mio. reduziert.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt zum Stichtag neben den Stammbeschäftigten und den sieben Auszubildenden einschließlich der Aushilfen und Praktikanten 370 (Vj. 365) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Darüber hinaus betreut die Gesellschaft weiterhin weitere sechs Auszubildende zur Luftverkehrskauffrau in Kooperation mit der Fraport AG.

Investitionen

Auf Grund des wirtschaftlichen Umfeldes wurde die Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr etwas zurückgenommen. So lagen die Investitionen mit EUR 7,3 Mio. um EUR 3,0 Mio. unter denen des Vorjahres. Die wesentlichen Investitionen betreffen mit EUR 2,7 Mio. das unter den Anlagen im Bau ausgewiesene Einleitungsrecht für die Kläranlage Kyrbachtal, die Erweiterung des Tanklagers (EUR 0,8 Mio.), die Erweiterung der Schulter von Rollweg Delta bis Anschluss S/L-Bahn-Verlängerung (EUR 0,5 Mio.) und den Bau der Abstellposition G5 für Großraumflugzeuge (EUR 0,6 Mio.). Die vorgenannten Anlagen sind noch nicht fertig gestellt und werden in den Anlagen im Bau ausgewiesen. Weitere Investitionen erfolgten mit EUR 0,8 Mio. in Grundstücke und Bauten, mit EUR 0,5 Mio. in technische Anlagen und mit EUR 0,5 Mio. in Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Umweltschutz

Die neue Kläranlage „Kyrbachtal“ wurde mit Kostenbeteiligung der FFHG in 2009, bis auf Restarbeiten, fertig gestellt. Der zweite Bauabschnitt der Druckleitung für den Transport des Enteisungsabwassers von der alten Kläranlage „Dill“ zur neuen Kläranlage konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Mit dem Probetrieb der neuen Kläranlage wurde am 15. Dezember 2009 begonnen. Zukünftig können am Flughafen anfallende Enteisungsabwässer, neben dem häuslichen Schmutzwasser des Flughafens, durch die neue Kläranlage gereinigt werden.

Die durch die FFHG seit 2005 getätigten Investitionen in den Ausbau der Enteisungsmittelseparierungsanlagen führen nachweislich zu einer signifikanten Verbesserung der Wasserqualität. So konnten z. B. die Werte für den chemischen Sauerstoffbedarf (CSB) am Regenrückhaltebecken Waschbach auf 3,2 %, das sind 3.200 kg, gesenkt werden.

Die FFHG hat in 2009 ihren Stromeinkauf für die Jahre 2010 und 2011 neu ausgeschrieben. Dabei wurde ein Anteil von 20% zertifiziertem Strom aus erneuerbaren Energien festgelegt. Die hierdurch erreichte CO₂-Minderung beträgt innerhalb der nächsten zwei Jahre 1.366.000 kg.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde mit der Gründung der EGH -Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH, welche die Entwicklung und Erschließung der landseitigen Flächen vorantreiben soll, die erste Maßnahme zur Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses der Gesellschaft umgesetzt. Als weitere Maßnahme wurde durch die Gremien die Erweiterung und Optimierung des Terminals beschlossen. Mit der Planung für die Umsetzung der Maßnahme wurde in 2009 begonnen und der Baubeginn ist für das erste Quartal 2010 vorgesehen. Auf Grundlage der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung gehen wir für das kommende Geschäftsjahr im Passagierbereich von einer moderaten Steigerung von bis zu 3,5 % im Passagieraufkommen aus.

Im Frachtbereich wird bei Fracht-Eigenaufkommen eine Steigerung um 5,6% erwartet. Diese Annahme basiert im Wesentlichen auf der Entwicklungsmöglichkeit in diesem Geschäftsfeld durch die bestehende 24-Stunden-Genehmigung und der verlängerten Start-/Landebahn. Weiter steigenden Personalkosten u. a. durch anstehende Tarifverhandlungen stehen mögliche Steigerungen sowohl bei den Retail-Einnahmen im Terminal, als auch im Bereich der Parkierung gegenüber.

Ein rechtliches Risiko besteht in dem laufenden Verfahren vor der EU-Kommission bezüglich der Rückforderung eventueller „Beihilfen“.

Der von der Deutschen Lufthansa AG gegen die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH anhängig gemachte Rechtsstreit wegen angeblich europarechtswidriger Beihilfen ist zwischenzeitlich beim Bundesgerichtshof anhängig, nachdem die Klage der der Deutsche Lufthansa AG sowohl in der ersten als auch in der zweiten Instanz vollumfänglich abgewiesen worden ist. Auf die Revision der Deutsche Lufthansa AG wurde zwischenzeitlich erwidert. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 erwartet.

Im Rahmen der von der Verkehrswegebau Münster GmbH am 17. Januar 2008 eingereichten Klage auf Durchsetzung ihrer Nachtragsleistungen in Höhe von insgesamt TEUR 2.459 gab es in 2009 diverse Gerichtstermine zur Beweisaufnahme. Diese ist bisher noch

nicht abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das kommende Geschäftsjahr einen Vergleichsabschluss.

Eine Verpflichtung zur Rechnungslegung und Buchführung nach den Vorgaben des §10 EnWG wird nach unserer Ansicht nur dann eintreten, wenn der deutsche Gesetzgeber die Vorschrift des §110 (1) Nr. 2 EnWG aufheben oder die Bundesnetzagentur als zuständige Regulierungsbehörde eine solche Verfügung gestützt auf § 65 EnWG erlassen würde.

Es besteht durch die aktuelle Finanzmarktkrise das weitere Risiko von möglichen Insolvenzen bei unseren Kunden (Airlines, Mieter, Erbbaurechtsnehmer), das zu Forderungsausfällen führen kann.

Insgesamt erwartet die Gesellschaft nach Beendigung der Talsohle der Wirtschaftskrise und Gesellschafterwechsel in 2009 aktuell ein Jahr der Konsolidierung auf gut gleichbleibendem wirtschaftlichem Niveau. Bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar.

Lautzenhausen, 26. Februar 2010

Jörg Schumacher, Geschäftsführer (Sprecher)
Wolfgang Pollety, Geschäftsführer

Bilanz

Aktiva

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital (davon eingefordert im Vorjahr € 1.915.059,37)	0,00	1.915.059,37
B. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	424.926,00	556.400,00
II. Sachanlagen	173.573.620,51	178.776.751,11
III. Finanzanlagen	136.573,09	0,00
	174.135.119,60	179.333.151,11
C. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	953.559,96	961.602,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	53.109.457,79	32.707.116,90
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	625.878,24	796.733,87
	54.688.895,99	34.465.453,57
D. Rechnungsabgrenzungsposten	239.998,19	358.675,87
	229.064.013,78	216.072.339,92

Passiva

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000.000,00	50.000.000,00
II. Kapitalrücklage	22.650.350,66	22.650.350,66
III. Jahresfehlbetrag	-7.114.165,75	0,00
	65.536.184,91	72.650.350,66
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.668.716,37	6.553.500,13
C. Rückstellungen	6.401.623,12	6.523.804,78
D. Verbindlichkeiten	151.184.208,75	130.027.030,02
E. Rechnungsabgrenzungsposten	273.280,63	317.654,33
	229.064.013,78	216.072.339,92

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	42.036.701,67	45.383.602,88
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	97.155,73	143.071,16
3. Sonstige betriebliche Erträge	11.443.206,51	4.715.089,67
	53.577.063,91	50.241.763,71
4. Materialaufwand	-24.979.588,32	-25.133.614,65
5. Personalaufwand	-15.883.079,43	-15.758.336,62
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-12.480.275,05	-11.855.191,10
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.796.811,17	-9.630.206,84
8. Finanzergebnis	-4.915.393,44	-5.693.015,54
	-66.055.147,41	-68.070.364,75
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-12.478.083,50	-17.828.601,04
10. Sonstige Steuern	-257.452,22	-238.659,92
11. Erträge aus Verlustübernahme	5.621.369,97	18.067.260,96
12. Jahresfehlbetrag	-7.114.165,75	0,00

Anhang

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

(1) Vorbemerkungen

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Soweit Angaben wahlweise im Anhang oder in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen können, erfolgen sie im Anhang. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewandt.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über eine Nutzungsdauer zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um nutzungsbedingte planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear "pro rata temporis". Geringwertige Anlagegüter im Einzelwert bis EUR 150,00 werden sofort abgeschrieben, solche Anlagegüter, deren Wert EUR 151,00, aber nicht EUR 1.000,00 übersteigt, werden im Zugangsjahr zusammengefasst und pauschal über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Bewertung der **Vorräte** (Hilfs- und Betriebsstoffe) erfolgt zu den durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. zu den letzten niedrigeren Einstandspreisen. Dabei werden Bezüge in Fremdwährung zum Kurs am Bilanzstichtag bewertet, wenn dieser unter dem durchschnittlichen Kurs der Anschaffungen liegt.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände sind, mit Ausnahme der Optionsprämie aus dem Optionsvertrag mit der EGH, deren Ansatz zum Barwert erfolgte, zum Nennwert angesetzt. Allen erkennbaren Risiken wird durch ausreichende Wertberichtigung Rechnung getragen. Für das allgemeine Kreditrisiko besteht eine 2 %ige Pauschalwertberichtigung.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die **Pensionsrückstellungen** sind mit dem steuerlichen Teilwert gemäß § 6a EStG passiviert (unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck). Die Höhe der Rückstellungen wird nach versicherungsmathematischen Methoden mit einem Rechnungszinssatz von unverändert 6 % p. a. ermittelt.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** wird nach versicherungsmathematisches Gutachten mit einem Rechnungszinsfuß von unverändert 5,5 % p. a. angesetzt.

Die Steuerrückstellungen und die **sonstigen Rückstellungen** tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen ausreichend Rechnung. Sie sind in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten** sind grundsätzlich mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

II. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

(3) Ausstehende Einlagen

Durch den Kapitalerhöhungsbeschluss und den Beitritt des Landes Hessen gemäß notarieller Urkunde vom 30. März 2005 wurde das Stammkapital von EUR 30.500.000,00 um EUR 19.500.000,00 auf EUR 50.000.000,00 erhöht. Eingezahlt wurden von der Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide EUR 8.298.590,63, dem Land Rheinland-Pfalz EUR 536.350,00 und dem Land Hessen EUR 8.750.000,00. Die daraus resultierende ausstehende Einlage der Fraport AG in Höhe von EUR 1.915.059,37 wurde durch Übertragung ihrer Geschäftsanteile an das Land Rheinland-Pfalz auf Grund der gesellschaftsvertraglichen Verpflichtung im Jahr 2009 vom Land Rheinland-Pfalz vollständig eingezahlt. Da gem. § 16 Abs. 2 GmbHG Fraport und das Land Rheinland-Pfalz für die Einzahlung der ausstehenden Einlage gesamtschuldnerisch hafteten wurde Fraport mit der Übernahme der Einzahlungsverpflichtung durch Rheinland-Pfalz in voller Höhe freigestellt.

(4) Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

(5) Vorräte

Die Vorräte (Hilfs- und Betriebsstoffe) enthalten im Wesentlichen Enteisungsmittel, Werkstattmaterial und Heizöl.

(6) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.223.641,95	4.991.915,10
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	18.706.127,67
(davon ehem. Gesellschafter Fraport AG)	(0,00)	(18.619.830,43)
Sonstige Vermögensgegenstände	47.885.815,84	9.009.074,13
(davon Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz)	(5.621.369,97)	(2.357.269,59)
(davon Gesellschafter Land Hessen)	(0,00)	(4.000.000,00)
(davon aus Optionsvertrag EGH)	(41.189.864,32)	(0,00)
	53.109.457,79	32.707.116,90

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestanden im Vorjahr fast ausschließlich gegen die Gesellschafterin Fraport AG und resultierten hauptsächlich aus dem Verlustausgleichsanspruch gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die Fraport AG ist zum 1. Januar 2009 als Gesellschafterin ausgeschieden. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde zum 28. Februar 2009 gekündigt. Das Land Rheinland-Pfalz hat in Höhe des noch zu erbringenden Verlustausgleichs die Fraport AG gem. des Geschäftsanteilskaufvertrages vom 30. Januar 2009 freigestellt. Soweit bestehen keine Forderungen mehr gegen verbundene Unternehmen; der Verlustausgleichsanspruch für die ersten zwei Monate des Geschäftsjahres besteht gegen das Land Rheinland-Pfalz und ist in den sonstigen Vermögensgegenständen enthalten. Desweiteren betreffen die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen aus dem im Jahr 2009 geschlossenen Optionsvertrag gegen die EGH Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben wie im Vorjahr eine Laufzeit von unter einem Jahr.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen haben TEUR 34.316 (i.Vj. TEUR 0) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

(7) Flüssige Mittel

Der Posten enthält mit TEUR 77 (i. Vj. TEUR 79) den Kassenbestand einschließlich Wechselgeld und mit TEUR 549 (i. Vj. TEUR 718) Bankguthaben.

(8) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft Kfz- Steuern, Versicherungen, einen Kraftfahrzeug-Werbevertrag, Werbemaßnahmen sowie eine im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung, die über die Laufzeit des Mietvertrags aufgelöst wird.

(9) Eigenkapital

Das **Stammkapital** der Gesellschaft wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 30. März 2005 um EUR 19.500.000,00 auf EUR 50.000.000,00 im Wege einer Kapitalerhöhung durch Einlagen erhöht, und zwar im Verhältnis der Beteiligungen der Gesellschafter an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, und wurde in Teilbeträgen in den Jahren 2005 bis 2009 eingezahlt. Im Jahr 2008 wurden von den Gesellschaftern EUR 1.915.059,37 (2007 EUR 2.665.059,38; 2006 EUR 5.915.059,38; 2005 EUR 7.089.762,50) in das Stammkapital eingezahlt. Der verbleibende Betrag in Höhe von EUR 1.915.059,37 war von der Fraport AG vertragsgemäß im Jahr 2009 zu leisten, wurde aber aufgrund der Übertragung derer Geschäftsanteile auf das Land Rheinland-Pfalz von diesem in 2009 eingezahlt.

Darüber hinaus verpflichteten sich das Land Rheinland-Pfalz und das Land Hessen gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. März 2005 EUR 22.500.000,00 in die Kapitalrücklage zu leisten. Hiervon wurden im Jahr 2008 EUR 6.357.270,00 (2007 5.607.270,00; 2006 EUR 2.357.270,00; 2005 EUR 1.820.920,00) durch das Land Rheinland-Pfalz und das Land Hessen gezahlt. Im Jahr 2009 wurden vom Land

Rheinland-Pfalz EUR 2.357.270,00 und vom Land Hessen EUR 4.000.000,00 in die Kapitalrücklage der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH gezahlt. Somit sind alle Zahlungsverpflichtungen erfüllt und sowohl das Gezeichnete Kapital als auch die Kapitalrücklage voll eingezahlt.

(10) Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Das Land Rheinland-Pfalz gewährte in den Jahren 1998, 1999, 2000, 2002 und 2004 Investitionszuschüsse für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen und Erschließungsmaßnahmen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend den Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände.

(11) Rückstellungen

	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
Pensionsrückstellungen	949.768,00	926.152,00
Steuerrückstellungen	89.590,85	58.850,00
Sonstige Rückstellungen	5.362.264,27	5.538.802,78
	6.401.623,12	6.523.804,78

Die Pensionsrückstellung betrifft insgesamt 371 (i.Vj. 362) Anwärter und wurde durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Firma Rausser Towers Perrin AG vom 30. November 2009 bewertet. Die Pensionsverpflichtung ergibt sich aus dem Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung vom 16. November 2000. Die Anwartschaften von 237 (i.Vj. 226) Anwärtern aus dem Aufbaukonto (TEUR 872; i.Vj. TEUR 843) sind in vollem Umfang unverfallbar. Sämtliche Anwartschaften auf dem Basiskonto sind zum Bilanzstichtag noch verfallbar.

Die Steuerrückstellungen betreffen die Umsatzsteuer-Nachzahlung aus der Betriebsprüfung der Jahre 1999-2003 (TEUR 13), pauschale Lohnsteuer (TEUR 9) und Stromsteuer (TEUR 68; i.Vj. TEUR 59).

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen solche für ausstehende Rechnungen (TEUR 1.792; i. Vj. TEUR 2.236), Rückstellungen zur Altlastensanierung (TEUR 1.502; i. Vj. TEUR 1.503), Personalrückstellungen (TEUR 804; i. Vj. TEUR 1.134), Rückstellungen für Prozesskosten (TEUR 370; i. Vj. TEUR 293), Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 157; i. Vj. TEUR 175), Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (TEUR 510; i. Vj. TEUR 0) sowie die noch erwarteten Aufwendungen für die Durchführung des Schallschutzprogramms (TEUR 111; i. Vj. TEUR 113).

(12) Verbindlichkeiten

	31.12.2009 TEUR	davon mit einer Restlaufzeit			31.12.2008 TEUR
		bis zu 1 Jahr TEUR	von 1 bis 5 Jahren TEUR	über 5 Jahre TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	106.293	28.439	69.704	8.150	123.341
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.921	5.921	0	0	4.486
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	93	93	0	0	948
Sonstige Verbindlichkeiten	38.877	4.561	15.529	18.787	1.252
(davon aus Steuern)	(235)	(235)	(0)	(0)	(151)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
	151.184	39.014	85.233	26.937	130.027

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen fast ausschließlich Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH. Diese sind vom Land Rheinland-Pfalz besichert. Die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH hatte für die Sicherstellungsgestellung in 2009 ein Bürgschaftsentgelt i. H. v. insgesamt TEUR 284 zu entrichten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 93) bestehen ausschließlich gegenüber der Hahn Campus Management GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft der FFHG aus dem gewährten Sanierungszuschuss für das Geschäftsjahr 2009.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind aus dem Optionsvertrag mit der EGH Verbindlichkeiten von TEUR 37.740 enthalten.

(13) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Wesentlichen eine Mietvorauszahlung für einen bis zum Jahr 2014 laufenden Gebäude-Mietvertrag.

(14) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen insgesamt in Höhe von TEUR 400. Davon betreffen TEUR 368 eine selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, für Avalkredite an eine Bietergemeinschaft sowie an eine Privatperson.

Von den **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** betreffen mit TEUR 2.000 das „Schallschutzprogramm“ zur Start- und Landebahnverlängerung und mit TEUR 1.383 eine eventuell eintretenden Zahlungsverpflichtung aus dem Heimfall eines Erbbaurechts. Für Investitionsvorhaben in Sachanlagen bestehen Verpflichtungen im Gesamtbetrag von TEUR 6.904. Verpflichtungen aus Leasingverträgen betragen TEUR 1.231, die Verpflichtungen aus der Anmietung des Parkhauses TEUR 10.481. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen von insgesamt TEUR 21.999 sind TEUR 9.705 innerhalb eines Jahres, TEUR 3.766 innerhalb von zwei bis fünf Jahren und TEUR 8.528 nach fünf Jahren fällig.

(15) Umsatzerlöse

	2009 EUR	2008 EUR
Aviation	23.863.554,63	25.436.440,91
Non-Aviation	17.793.950,17	19.544.386,94
Sonstige Umsätze	379.196,87	402.775,03
	42.036.701,67	45.383.602,88

In den Umsatzerlösen sind Erlöskorrekturen aus Enteisungsleistungen in Höhe von TEUR - 953 enthalten.

(16) Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Gesellschaft hat die im Rahmen der Umsetzung von Investitionsprojekten angefallenen Eigenleistungen aktiviert.

(17) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (TEUR 885, i. Vj. TEUR 925). Ebenso sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 791 (i. Vj. TEUR 1.453) enthalten, die im Wesentlichen Buchgewinne aus Anlagenverkäufen (TEUR 41; i. Vj. TEUR 290), Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (TEUR 417; i. Vj. TEUR 25) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 176; i. Vj. TEUR 1.138) betreffen.

Die Gesellschaft hat aus dem mit der EGH im Jahr 2009 geschlossenen Optionsvertrag Erträge von TEUR 4.575 erzielt. Das Land Rheinland-Pfalz hat für die Sicherheitskosten des Flugbetriebs eine Förderung von TEUR 3.500 gewährt.

(18) Materialaufwand

	2009 EUR	2008 EUR
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	7.416.397,39	6.848.720,21
Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.563.190,93	18.284.894,44
	24.979.588,32	25.133.614,65

(19) Personalaufwand

	2009 EUR	2008 EUR
Löhne und Gehälter	13.369.939,66	13.056.296,68
	13.369.939,66	13.056.296,68
Soziale Abgaben	2.455.275,81	2.425.146,62
Aufwendungen für Altersversorgung	57.863,96	276.893,32
	2.513.139,77	2.702.039,94
	15.883.079,43	15.758.336,62

(20) Abschreibungen

Die Abschreibungen von TEUR 12.480 (i. Vj. TEUR 11.855) sind im Anlagenspiegel auf die einzelnen Bilanzposten aufgeteilt. Sie enthalten mit TEUR 11.102 (i. Vj. TEUR 11.424) planmäßige Abschreibungen und mit TEUR 1.378 (i. Vj. 431) außerplanmäßige Abschreibungen, die im Wesentlichen verlorene Planungskosten betreffen.

(21) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen insbesondere Entsorgungen, Werbungskosten, Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen, Personalnebenkosten, Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten, Fahrzeugkosten, Kosten der Datenverarbeitung sowie Post- und Telekommunikationskosten. Die periodenfremden Aufwendungen betreffen mit TEUR 40 (i. Vj. TEUR 64) Buchverluste aus Anlagenabgängen.

In den sonstigen Aufwendungen ist der an die Hahn Campus Management GmbH geleistete Sanierungszuschuss von TEUR 149 (i. Vj. TEUR 136) enthalten.

(22) Finanzergebnis

	2009 EUR	2008 EUR
Erträge aus Ausleihungen	18.077,19	19.766,40
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	446.654,21	208.300,65
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	-183.695,79
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.380.124,84	-5.737.386,80
	-4.915.393,44	-5.693.015,54

Im Jahr 2004 wurde erstmals im Zusammenhang mit einer zu einem variablen Zinssatz erfolgten Darlehensaufnahme (IKB, Luxemburg, EUR 18 Mio.; Laufzeit bis 30. September 2012) zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos ein Zins-Swap (Zinstauschvereinbarung) in Form eines Payer-Swaps abgeschlossen. Im Jahr 2005 wurden zwei weitere Darlehen auf diese Weise abgeschlossen (Grundgeschäft und Payer-Swap bei der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, in Höhe von EUR 20 Mio., Laufzeit bis 30. Dezember 2014; Grundgeschäft bei der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, und Payer-Swap bei der IKB, Luxemburg, in Höhe von EUR 20 Mio., Laufzeit bis 30. Dezember 2014). Letzteres Darlehen wurde zum 31. August 2009 von der ISB Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz abgelöst und von dieser zu 100% an die KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgezahlt.

Anschaffungskosten fielen für diese Zins-Swaps nicht an. Die Marktwerte wurden bis Februar 2009 durch einen externen Gutachter (Fericon) anhand der Marktbewertungsmethode ermittelt und von der Fraport AG an die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH weitergeleitet. Ab März 2009 werden die Marktwerte von den jeweiligen Kreditinstituten entsprechend den Marktbewertungsmethoden ermittelt und der FFHG mitgeteilt. Die Marktwerte der Swaps belaufen sich zum Bilanzstichtag auf EUR -2,9 Mio. für die drei Zinsswaps.

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ist mit TEUR 284 erstmalig ein Bürgschaftsentgelt enthalten, dass die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH für die Besicherung von Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH an das Land Rheinland-Pfalz entrichtet hat.

(23) Verlustausgleich

Gemäß dem am 24. November 2000 zwischen der Fraport AG und der Gesellschaft geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag hat die Fraport AG die Jahresverluste bis einschließlich des Geschäftsjahres 2008 ausgeglichen. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde in Verbindung mit der Neuaufnahme des Gesellschafters Land Hessen im Jahr 2005 bis zum 31. Dezember 2014 verlängert. Er war erstmals zum 31. Dezember 2014 kündbar. Ansonsten würde er sich jeweils um ein Kalenderjahr verlängern, längstens bis zum 31. Dezember 2024. Für die Gesellschafterin Fraport AG bestand für den Fall, dass die Gesellschaft im Jahresabschluss 2009 einen Jahresverlust ausweist, eine vertragliche Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2010.

Die Verlustübernahme konnte aber vertraglich von der Fraport AG auch ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn die Fraport AG nicht mehr über die Mehrheit der Stimmrechte an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH verfügt. Mit Datum vom 2. Februar 2009 hat die Fraport AG rückwirkend zum 1. Januar 2009 sämtliche Anteile an der FFHG an das Land Rheinland-Pfalz veräußert. Der Verlustausgleich für das Jahr 2008 i.H.v. TEUR 18.067 wurde vertragsgemäß durch die Fraport AG geleistet. Die Fraport AG wurde von der Begleichung des anteilig noch zuzurechnenden Jahresfehlbetrags, welcher zwischen dem wirtschaftlichen Übertragungszeitpunkt (01. Januar 2009) und dem Zeitpunkt der Kündigung des Ergebnisabwungsvertrages (28. Februar 2009) für den Zeitraum vom 1. Januar bis 28. Februar 2009 in Höhe von TEUR 5.621 entstanden ist, vom Land Rheinland-Pfalz entsprechend dem Geschäftsanteilskaufvertrag freigestellt. Darüber hinaus wird Fraport auch von sämtlichen zukünftigen etwaigen Verlustausgleichspflichten freigestellt, die Fraport aus Geschäftsjahren nach dem Wirtschaftlichen Übertragungszeitpunkt treffen.

Aufgrund der Freistellung der Fraport AG vom anteiligen Verlustausgleich für das Jahr 2009 wurde gegen das Land Rheinland-Pfalz eine Forderung in Höhe von € 5.621.369,97 eingestellt.

III. Ergänzende Angaben

(24) Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Das EnWG verpflichtet Energieversorgungsunternehmen zur Entflechtung gem. §§ 6 bis 10 EnWG. Durch den Betrieb eines Elektrizitätsverteilungsnetzes sowie den Vertrieb von Elektrizität auf dem Betriebsgelände sind wir gemäß § 3 Nr. 38 EnWG grundsätzlich als ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen anzusehen. Das zum 31. Dezember 2009 betriebene Elektrizitätsversorgungsnetz ist nach unserer Auffassung, gestützt durch ein Gutachten der von uns beauftragten Rechtsanwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, Köln, als Objektnetz (Dienstleistungsnetz) gem. § 110 Abs. 1 Nr. 2 EnWG einzustufen.

Unter Verweis auf § 110 Abs. 1 EnWG und das beauftragte Gutachten vertreten wir unverändert die Auffassung, dass die diesbezüglichen Regelungen zur erweiterten Rechnungslegungspflicht (§10 EnWG) für uns nicht einschlägig sind. Daran ändert auch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs („EUGH“) vom 22. Mai 2008 nichts.

Der EuGH hat zwar im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens des Oberlandesgerichtes Dresden vom 17. Oktober 2006 festgestellt,

dass § 110 Abs. 1 Nr. 1 EnWG den Regelungen des Gemeinschaftsrechts entgegensteht, ohne unmittelbar selbst über die Vereinbarkeit einer nationalen Maßnahme (hier § 110 Abs. 1 Nr. 1 EnWG) mit dem Gemeinschaftsrecht zu entscheiden. Hierzu ist er unserer Rechtsauffassung nach im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens auch nicht befugt. Zudem erstreckte sich der Streit auf § 110 Abs. 1 Nr. 1 EnWG und betraf nur die Frage des Netzzugangs. Dritten, die sich auf das Recht des freien Netzzugangs berufen, wird er gewährt. Aufgrund dieser Aspekte haben wir eine Entflechtung der internen Rechnungslegung daher nicht vorgenommen.

(25) Abschlussprüferhonorar

	2009 EUR
Abschlussprüferleistungen	75.750,00
Andere Bestätigungsleistungen	105.853,30
Steuerberatungsleistungen	22.557,26
Sonstige Leistungen	10.000,00
	214.160,56

Darüber hinaus sind vom bisherigen Abschlussprüfer im Jahr 2009 noch Abschlussprüferleistungen von € 63.864,00 und Steuerberatungsleistungen von € 146.368,50 in Rechnung gestellt worden.

(26) Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte (ohne Organe) zum Stichtag 347 Stammbeschäftigte (i. Vj. 338 Stammbeschäftigte) und im Jahresdurchschnitt 345 (i. Vj. 331) Stammbeschäftigte, davon 36 (i. Vj. 36) außertarifliche Mitarbeiter.

(27) Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2009:

- Jörg Schumacher, Jurist, Horbruch
- Uwe Klettenheimer, Dipl.-Betriebswirt, Hofheim (bis 31. März 2009)
- Wolfgang Pollety, Dipl.-Kfm., Boppard (ab 1. September 2009)

Die Geschäftsführer Jörg Schumacher und Uwe Klettenheimer hatten bis 31. März 2009 Anstellungsverträge mit der Fraport AG und waren als Geschäftsführer zur FFHG abgeordnet. Danach wurden für die beiden Geschäftsführer Jörg Schumacher und Wolfgang Pollety Dienstverträge mit der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH geschlossen.

Die Bezüge der Geschäftsführer werden in Anwendung der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht ausgewiesen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz :

Dr. Jochen Langen Vorsitzender (ab 29.04.2009) Stellvertretender Vorsitzender (bis 29.04.2009) Mainz Ministerialdirigent im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	Joachim Mertes Stellvertretender Vorsitzender (ab 29.04.2009) Mainz MdL, Präsident des Landtages Rheinland-Pfalz
Hans-Josef Bracht Mainz MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU ab 29.04.2009	Prof. Jürgen Hiller Mainz Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren und für Sport ab 08.05.2009
Klaus Stumpf Mainz Ltd. Ministerialrat im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ab 01.11.2009	Dr. Petra Wried Mainz Ministerialrätin im Ministerium der Finanzen
Claudia Brillmann Mainz Ltd., Ministerialrätin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bis 31.10.2009	Wolfgang Baumann Mainz Ministerialrat im Ministerium des Inneren und für Sport bis 08.05.2009

Arbeitnehmersvertreter :

Jörg Munsteiner Hahn-Flughafen Betriebsratsratsmitglied der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH ab 29.04.2009

Vertreter des Landes Hessen:

- Jochen Riebel Flörsheim am Main Staatsminister a. D.
- Klaus-Dieter Jäger Wiesbaden Ministerialdirigent im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
- Elmar Damm Wiesbaden Ministerialdirigent im Hessischen Ministerium der Finanzen bis 28.04.2009

Vertreter der Kommunen:

- Bertram Fleck Simmern Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises
- Harald Rosenbaum Kirchberg Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg

Vertreter Fraport AG :

Dr. Stefan Schulte	Vorsitzender Frankfurt am Main Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Fraport AG bis 28.02.2009
Dr. Matthias Zieschang	Frankfurt am Main Vorstand Controlling und Finanzen der Fraport AG bis 28.02.2009
Jörg-Uwe Hahn	Wiesbaden MdL, FDP-Fraktionsvorsitzender im Landtag Hessen bis 28.02.2009
Otto Haude	Hahn-Flughafen Betriebsratsvorsitzender der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH bis 28.02.2009

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr keine Bezüge.

(28) Beteiligungsgesellschaften

Die Anteile am Stammkapital der Hahn Campus Management GmbH ("HCM") in Höhe von TEUR 26 mit Sitz in Lautzenhausen-Flughafen Hahn wurden im Vorjahr abgeschrieben. Der Grund hierfür waren die Verluste in den vergangenen Jahren, die auch für die Zukunft erwartet werden. Es ist von einer dauerhaften Wertminderung nach § 253 Ab.2 Satz 3 HGB auszugehen.

Die HCM weist zum 31. Dezember 2009 ein Eigenkapital von TEUR 26 (i. Vj. TEUR 26) und für das Geschäftsjahr 2009 ein ausgeglichenes Ergebnis aus, nachdem der Verlust in Höhe von TEUR 149 (i. Vj. TEUR 136) von der Alleingesellschafterin Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH in Form eines Sanierungszuschusses mit Besserungsklausel ausgeglichen wurde.

Hahn-Flughafen, den 26. Februar 2010

Die Geschäftsführung

Jörg Schumacher, Geschäftsführer (Sprecher)

Wolfgang Pollety, Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens (erweiterte Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2009 €
	Stand am 01.01.2009 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Konzessionen u. Lizenzen / Software	1.183.510,82	20.282,20	0,00	-4.422,67	1.199.370,35

Immaterielle Vermögensgegenstände	1.183.510,82	20.282,20	0,00	-4.422,67	1.199.370,35	
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	161.654.515,75	771.427,18	-387.182,13	-62.538,46	161.976.222,34	
2. Technische Anlagen und Maschinen	65.303.320,36	491.663,54	-132.847,85	-167.677,91	65.494.458,14	
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.508.867,45	490.706,84	224,41	-603.251,77	20.396.546,93	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.686.456,34	5.469.131,13	519.805,57	-16.050,00	12.659.343,04	
Sachanlagen	254.153.159,90	7.222.928,69	0,00	-849.518,14	260.526.570,45	
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59	0,00	0,00	0,00	25.564,59	
2. Sonstige Ausleihungen	316.262,40	81.000,92	55.572,17	0,00	452.835,49	
Finanzanlagen	341.826,99	81.000,92	55.572,17	0,00	478.400,08	
Anlagevermögen	255.678.497,71	7.324.211,81	55.572,17	-853.940,81	262.204.340,88	
Kumulierte Abschreibungen						
	Stand am 01.01.2009	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibung	Abgänge	Stand am 31.12.2009
	€	€	€	€	€	€
Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Konzessionen u. Lizenzen / Software	627.110,82	151.755,20	0,00	0,00	-4.421,67	774.444,35
Immaterielle Vermögensgegenstände	627.110,82	151.755,20	0,00	0,00	-4.421,67	774.444,35
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	40.837.002,64	5.639.559,24	0,00	0,00	-35.231,02	46.441.330,86
2. Technische Anlagen und Maschinen	23.805.593,58	3.549.807,33	0,00	0,00	-167.674,91	27.187.726,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.733.812,57	1.761.134,13	0,00	0,00	-549.072,77	11.945.873,93
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	1.378.019,15	0,00	0,00	0,00	1.378.019,15
Sachanlagen	75.376.408,79	12.328.519,85	0,00	0,00	-751.978,70	86.952.949,94
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59	0,00	0,00	0,00	0,00	25.564,59
2. Sonstige Ausleihungen	316.262,40	0,00	0,00	0,00	0,00	316.262,40
Finanzanlagen	341.826,99	0,00	0,00	0,00	0,00	341.826,99
Anlagevermögen	76.345.346,60	12.480.275,05	0,00	0,00	-756.400,37	88.069.221,28
Buchwert						
				31.12.2009		31.12.2008
				€		€
Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Konzessionen u. Lizenzen / Software				424.926,00		556.400,00
Immaterielle Vermögensgegenstände				424.926,00		556.400,00
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten				115.534.891,48		120.817.513,11
2. Technische Anlagen und Maschinen				38.306.732,14		41.497.726,78
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung				8.450.673,00		9.775.054,88
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau				11.281.323,89		6.686.456,34
Sachanlagen				173.573.620,51		178.776.751,11
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00		0,00
2. Sonstige Ausleihungen				136.573,09		0,00
Finanzanlagen				136.573,09		0,00
Anlagevermögen				174.135.119,60		179.333.151,11

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, Lautzenhausen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung [und über den Lagebericht] sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der

wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt. Wegen der von der Gesellschaft vertretenen Auslegung des EnWG, wonach sie getrennte Konten nicht führen muss, verweisen wir auf den Abschnitt Energiewirtschaftsgesetz im Anhang.

Mainz, den 1. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Dr. Ralf Worster, Wirtschaftsprüfer
ppa. Michael Neutz, Wirtschaftsprüfer

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26. März 2010 wird der im Geschäftsjahr 2009 entstandene Jahresfehlbetrag von € 7.114.165,75 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.